

Einführung ins Thema - Werkstattgespräch „NRW auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung“

Dr. Volkhard Wille

2. April 2011 in Köln

Liebe Freunde,

als im Sommer 2010 die rot-grüne Landesregierung gebildet und die Eckpunkte des Landeshaushalts bekannt wurden, machte sich im AK Wirtschaftspolitik der Kölner Grünen Zweifel an der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung breit. Wir Grünen wollen für eine nachhaltige und gegenüber zukünftigen Generationen verantwortliche Finanzpolitik stehen. Generationengerechtigkeit ist dabei ein wichtiges Stichwort.

Im letzten Sommer entstand der Eindruck, der auch bis heute noch nicht ausgeräumt ist, dass die rot-grüne Landesregierung keine ausreichenden Anstrengungen unternimmt, um einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen und vor allen Dingen auch kein Konzept hat, dies mittelfristig zu erreichen. Das strukturelle Defizit und der verfassungswidrige Haushalt werden dann zum Normalfall.

Die Diskussion um den Nachtragshaushalt und die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht erzielt hat, ist nur damit zu erklären, dass das **allgemeine Unwohlsein und die Unzufriedenheit in der interessierten Öffentlichkeit** über die Situation des Landeshaushaltes **hier** eine geeignete Projektionsfläche gefunden hat. Wir sollten das ernstnehmen. Vieles mag an einer unglücklichen Kommunikation liegen, aber es gibt auch wesentliche Punkte, die politisch diskutiert werden müssen.

Betrachtet man diese Situation grundsätzlicher und mit etwas Abstand von der Tagespolitik, ist diese Haushaltssituation kennzeichnend für viele westliche Industrieländer - man denke an die praktisch zahlungsunfähigen Bundesstaaten in den USA, an Griechenland und andere EU-Staaten aber auch Japan (schon vor den Ereignissen der letzten drei Wochen).

Sucht man nach dem Beginn des Weges in die Verschuldung in Deutschland landet man Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, denn Kredite durften in Deutschland bis 1969 nur in engen Grenzen aufgenommen werden. Durch eine Grundgesetzänderung durch die damalige große Koalition wurde „Deficit Spending“ möglich und sollte damals gemäß der Wirtschaftspolitik nach Keynes dazu dienen, die **erstmalig spürbaren "Grenzen des Wachstums" zu überwinden**. Wirtschaftsminister Schiller wollte damit in schlechten Zeiten eine antizyklische Wirtschaftspolitik ermöglichen. Die Rückzahlung der gemachten Schulden in guten Zeiten wurde allerdings nie eingehalten, sodass sich seitdem die Schulden anhäufen. Fast 2 Billionen Euro beträgt zurzeit die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland - mit steigender Tendenz. Dabei nimmt vor allem auch der Anteil der Verschuldung am Bruttosozialprodukt zu und die Zinszahlungen nehmen einen immer größeren Anteil der Haushalte ein.

Zur „normalen“ Regelneuverschuldung sind in den letzten Jahren zusätzliche Sondereffekte hinzugekommen: Die Kosten der deutschen Wiedervereinigung, die Finanz- und Bankenkrise sowie strukturelle Entwicklungen der Demografie und der Umweltzerstörung. Die immer höheren Kosten für Zinszahlungen ersticken auch jeglichen Spielraum für soziale

und ökologische Reformpolitik. Viele Länder brauchen daher heute dringend eine Schuldnerberatung.

Hier in Deutschland geht es um die Änderung dieser langjährigen Fehlentwicklung, an der alle politischen Parteien Anteil hatten - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Es ist also höchste Zeit etwas grundsätzlicher über dieses Thema zu diskutieren. **Die langfristigen Entwicklungen zu analysieren, die Symptome von den Ursachen zu trennen und dann ein überzeugendes Konzept zur Lösung zu entwickeln.**

Zurzeit ist das Thema Haushaltskonsolidierung für viele Menschen mit einseitigen Einsparungen im Sozialbereich, mangelhafter Finanzierung von Bildungsausgaben und Streichung von ökologischen Reformprojekten verbunden.

Zu Beginn der 1980er Jahre ist es konservativer und neoliberaler Politik gelungen, das Thema „Haushaltssanierung“ politisch zu „besetzen“. Dem Staat wurde durch immer weiter gehende Steuersenkungen die finanzielle Basis eingeschränkt - häufig im internationalen Steuersenkungswettbewerb. Dies lässt sich immer weiter treiben: Die Steuern werden immer weiter gesenkt, so dass mit dem Streichen staatlicher Ausgaben ebenfalls immer weiter gemacht werden muss. Ein Blick auf die skandinavischen Länder zeigt, dass es auch anders gemacht werden kann.

Zudem muss man sich bewusst machen, dass Staatsverschuldung auch erheblich zur Verschärfung der Vermögensverteilung beiträgt: die Zinsen - inzwischen in den meisten Haushalten eine der größten Ausgabepositionen - zahlen alle Bürger. Die Vermögenden legen ihr privates Geld an, leihen es dem Staat und kassieren dann dafür die Zinsen.

Es ist daher dringend notwendig, das Thema Haushaltskonsolidierung aus dem Blickwinkel einer ökologischen, sozialen und nachhaltigen Politik aufzuarbeiten.

Der Öffentlichkeit und den Bürgern wurde das Thema „Haushaltskonsolidierung“ und „Einsparungen“ häufig mit Verweis auf überflüssige Ausgaben begründet. Und natürlich gibt es enorme Einsparpotenziale:

- Noch immer geben Bund und Land Milliarden zur Subventionierung der Steinkohleförderung aus.
- Noch immer subventionieren EU, Bund und Länder die industrielle Landwirtschaft mit vielen Milliarden.
- Noch immer werden fragwürdige Prestigeobjekte im Bereich der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik gefördert (Flughäfen, Straßenbau, Bahnhofsgroßprojekte etc.).

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir in der heutigen Situation zuerst über Streichungen und Einsparpotenziale reden. Erst wenn man Einsparpotenziale genutzt hat, wird man den Bürgern im zweiten Schritt auch Einnahmeverbesserungen vermitteln können. Das hat in den letzten Monaten in der landespolitischen Debatte gefehlt.

Die Diskussion über einen veränderten Investitionsbegriff sowie die freizügige Feststellung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes kommt in der derzeitigen politischen Lage beim Bürger wie ein Taschenspielertrick an. Wurde früher gerne mal die Arbeitslosenstatistik frisiert, wird jetzt die Staatsverschuldung relativiert, da mögen bestimmte Ausgaben noch so sinnvoll sein. Im Endeffekt führt dies aber auch nicht zum Ziel: Bis 2020 muss die Neuverschuldung auf „0“ zurückgefahren werden. Die

Formel „Investitionsquote = Neuverschuldung“ gilt dann nicht mehr.

Wichtiger scheint mir aber folgendes zu sein: Verschuldung ist auch eine **Verschiebung von Verteilungskämpfen in der Gesellschaft auf zukünftige Generationen**. Wenn unsere Gesellschaft heute höhere Staatsausgaben für notwendig hält, dann sollte sie auch heute die notwendigen Einnahmen durch entsprechende Steuern beschließen. Machen wir dies nicht, erben nachfolgende Generationen nicht nur den Schuldenberg sondern auch die ungelösten gesellschaftlichen Verteilungskämpfe. Aber warum sollten die in späteren Jahren einfacher zu lösen sein als heute?

Nach Streichung der eben genannten Ausgaben verbleibt immer noch ein erhebliches Defizit in den öffentlichen Haushalten. Jeder der den Haushaltsplan seines politischen Wirkens kennt, weiß davon ein Lied zu singen, dass die derzeitigen Einnahmen nicht ausreichen die notwendigen Ausgaben zu bestreiten.

Da dürfen wir auch offensiv für Steuererhöhungen eintreten; zwei Beispiele:

- Der Banken- und Finanzsektor muss endlich an den Kosten seiner von ihm verursachten volkswirtschaftlichen Schäden beteiligt werden.
- Große Vermögen und Einkommen müssen ihren Teil zur staatlichen Finanzierung beitragen.

Spätestens hier wird deutlich: Wir brauchen ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur dauerhaften Finanzierung der Aufgaben des Gemeinwesens. Die heutige Veranstaltung soll dazu dienen,

diese Diskussion voranzubringen und erste Grundprinzipien herauszuarbeiten. Es geht weniger um Details und Einzelfragen.

Jeder ist frei mit den Ergebnissen der Tagung weiter zu arbeiten. Wir werden Hintergrundmaterial und die Präsentationen auf unsere Homepage stellen. Es kann gut sein, dass der AK Wirtschaftspolitik der Grünen in Köln oder die LAG Wirtschaft und Finanzen daraus einen Antrag zur LDK entwickelt. Die Diskussion wird uns noch länger beschäftigen.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Veranstaltung heute viel Erfolg und ich bitte nun Frank Kaufmann von der hessischen Landtagsfraktion von Bündnis90/Grüne um seinen Impuls.